

Sozialdemokratischer Pressedienst

Redaktion und Geschäftsstelle:
Erich Mühlhens, Berlin.
Telefon: Karl-Liebknecht-Platz 4/5



Abdruck für Zeitung und Veröffentlichung:
Berlin G2 64, Tele-Adress-Platz 6
Verlagspreis: Copalung

Die Zeitung erfolgt im Colportage.
Der Inhalt ist nur ein Auszug der vollständigen Zeitung, die in Berlin, G2 64, Tele-Adress-Platz 6, im Verlag des Sozialdemokratischen Pressedienstes, Karl-Liebknecht-Platz 4/5, Berlin, herausgegeben wird.

Berlin, den 13. Dez. 1932.

Soc. Geschiedens
Amsterdam

Keine Verdrehung!

Die Deutschnationalen als Nutzniesser der Reaktion.

SPD. Hugenberg hat für den 16. Dezember den deutschnationalen Parteiausschuss einberufen. Es wird dort über den Krakeel in der sächsischen Landesorganisation verhandelt werden, der ziemlich tief gegriffen hat. Daneben aber soll ein Ventil geschaffen werden für die Unzufriedenheit in der Deutschnationalen Partei. Tatsache ist, dass der Lieblingsplan des Herrn Hugenberg schief gegangen ist. Wäre es nach ihm gegangen, so hätten wir heute nicht nur das Kabinett Papen in fast unveränderter Gestalt mit Herrn von Schleicher an der Spitze, sondern an der Stelle des Herrn von Schleicher wieder den Herrn Franz von Papen selbst. Das Ziel der Deutschnationalen war die Wiederbeauftragung Papens, die Bildung eines Kampfkabinetts gegen den Reichstag. Der latente Konflikt hätte heute schon wieder eine akute Zuspitzung erfahren. Dass es nicht dahin gekommen ist, ist eine Quelle des Missbehagens in der Deutschnationalen Volkspartei.

Hugenberg hat sich deshalb bemüht, seinen Misserfolg in seinem Parteiorgan zu verteidigen. Der Silberfuchs bemüht sich, die Spuren zu verwischen. Er fürchtet, dass auf die Dauer die Empörung, die seinerzeit gegen das Kabinett Papen angebrandet ist, auch ihm schaden könne. Deshalb versichert er scheinheilig: Kabinett Papen? kennen wir nicht! Wir sind dafür nicht verantwortlich. "Für die Zusammensetzung und die Taten des Kabinetts haben wir nie eine Verantwortung getragen!"

Das ist der letzte Stoss den das vergangene Kabinett Papen noch nach seinem Ende erhält. Schärfer konnte es nicht verurteilt werden, als durch die Feststellung, dass selbst Hugenberg heute die Verantwortung dafür scheut. Aber waren es nicht gut deutschnationale Männer, die darin sassen und jetzt noch darin sitzen? Hugenberg wird doch, um nur ein Beispiel zu nennen, den Herrn von Gayl nicht verleugnen wollen? Aber er verleugnet ihn dennoch! "Nicht verständlich war der Zweck des Philosophierens über Verfassungsfragen" - so schreibt Hugenberg. Als ob nicht gerade die Durchführung konterrevolutionärer Verfassungspläne der Zweck der Übung der autoritären Staatsführung unter dem lautesten Beifall Hugenbergs und der Seinen gewesen wäre. Als ob nicht die gesamte Presse des Herrn Hugenberg mit stetigen Ausfällen gegen den Reichstag und dreistesten Angriffen auf die Verfassung die Philosophen über Verfassungsfragen im Lager des Papenkabinetts angefeuert hätten! Nach den Enthüllungen des Herrn von Freytagh-Loringhoven im Reichstag ist kein Zweifel mehr, dass die deutschnationalen Konterrevolutionäre schon den Reichsverweser aus dem Hause Hohenzollern im Hintergrund hatten! Soviel Undank hat der deutschnationale Herr von Gayl, der kräftig für die Deutschnationalen gearbeitet hat, wirklich nicht vom Hause Hugenberg verdient!

Hugenberg versucht jetzt eine Flucht aus der Verantwortung. Es ist der

Versuch einer grandiosen Täuschung der Öffentlichkeit. Denn die Deutschnationalen waren die Nutzniesser der Papenreaktion. Die Agrarpolitik dieses Kabinetts, das Experiment mit den Kontingenten war gut deutschnationale Parteipolitik im Interesse des ostelbischen Agrariertums. Die Politik der Stützung des Stahlhelms war eine Unterstützung der Hilfstruppe der Deutschnationalen. Und nun gar erst die Personalpolitik unter dem Reichskommissar von Papen in Preussen! Das war allerdings nicht Philosophieren über Verfassungsfragen, sondern eine praktische Abänderung der Verfassung, eine gegenrevolutionäre Gewalttat! Der ostelbische Adel, das Korpsstudententum, die deutschnationalen Parteibuchbeamten brachen in breiter Front in die preussische Verwaltung ein! Sie nahmen Platz an der Futterkrippe, denn für sie ist die Verwaltung nicht eine Stätte sachlicher Arbeit, sondern eine Domäne für die Versorgung deutschnationaler Parteigänger!

Das alles soll nun vertuscht und verwischt werden! Das verfllossene Kabinett von Papen hat das Letzte für die Deutschnationalen getan! Die Kerntruppe der Reaktion um Hugenberg ist die wahre Nutzniesserin des Systems der autoritären Staatsführung gewesen. In ihrem Interesse und ihrem lauten Beifall ist das Volk vergewaltigt worden! Heute schon fürchten die Herrschaften die Konsequenzen und heute schon versuchen sie sich aus der Verantwortung für das Kabinett von Papen und ihre Taten zu drücken! Dass dabei ein gutes Stück Untreue gegenüber den Männern unterläuft, die im Kabinett Papen für Hugenberg gearbeitet haben, ist angesichts der Geschichte der Konservativen und der Deutschnationalen nicht weiter verwunderlich!

Aber der Silberfuchs mag noch so sehr versuchen, seine Spuren zu verwischen. Er wird niemand täuschen, und aus der Verantwortung für die Reaktion in Deutschland wird ihn niemand entlassen!

SPD. Den Monarchisten und dem Haus Hohenzollern ist grosses Heil widerfahren. Ein mysteriöser "33jähriger Rheinländer ist schwer bewaffnet mit einem langen Dolch und einem grosskalibrigen langen Revolver" in das Haus Doorn eingedrungen und wurde "neben dem Arbeitszimmer Sr. Majestät" von den Hofschranzen entdeckt und festgenommen.

Im Stil einer Jahrmarktsreklame wird dieses sonderbare Ereignis von der gesamten Rechtspresse in Riesenlettern den Lesern vorgesetzt und die hinzugefügten Berichte lassen jeder deutschnationalen Thunelda das Blut in den Adern erstarren. Die Dankgebete und Kirchenfeiern für die glückliche Errettung "des hohen Dulders von Doorn" werden sich die monarchistischen Pastoren und Hofprediger nicht entgehen lassen. "Gott schütze den Kaiser!" Wilhelm und seine thronstüchtige Familie haben ihre Reklame! Dass sie ein Geisteskranker, ein inzwischen aus Holland nach Deutschland abgeschobener Rheinländer aus Neuss liefern muss, zeigt, wie tief die Hohenzollern-Aktien stehen.

Vorige Woche hat eine aus Not irrsinnig gewordene rheinische Mutter ihre drei Kinder im Rhein-Herne-Kanal ertränkt. In der Monarchistenpresse waren diesem entsetzlichen Drama von der Not des Volkes drei ganze Zeilen gewidmet. Für ihren Wilhelm haben die gleichen Zeitungen, selbst wenn es noch so harmlos ist, spaltenlangen Raum. Auch das sind Zeichen der Zeit.

SPD. Köln, 13. Dezember (Eig. Drahtb.)

Der Oberpräsident der Rheinprovinz hat die kommunistische Presse des Rheinlandes, die "Sozialistische Republik" in Köln, die "Freiheit" in Düsseldorf und das "Ruhr-Echo" in Essen bis zum 31. Dezember verboten. Als Grund werden zahlreiche Artikel, in denen zu gewaltsamen Aktionen aufgefordert worden ist, angeführt.

SPD. Der Führerkrach im Hitlerlager beginnt sich nach unten fortzupflanzen. Hier aber in der Art wie es gelehrt wurde und wie es sich für SA-Leute geziemt.

In Gladbach-Rheydt platzte das Unwetter mitten in einen Nazi-Unterhaltungsabend. Statt zu tanzen, wie es verordnet war, diskutierten die Helden des Dritten Reiches über Hitler und Strasser. Geistige Argumente sind aber stets die schwache Seite der Hitlerjünger gewesen und deshalb versuchten sie die Strasser-Anhänger mit Stuhlbeinen zu überzeugen. Der Standartenführer liess zwar "Das Ganze halt!" blasen, jedoch diesmal mit dem Erfolg, dass die "Diskussion" erst richtig einsetzte. Die Polizei musste kommen und den Saal räumen, aber auf der Strasse gings munter weiter. Es gab zahlreiche Verletzte.

SPD. Hagen, 13. Dezember (Eig. Ber.)

Die Strafkammer in Hagen verhandelt seit einigen Tagen gegen den Nazimann und Amtsrentmeister Gustav Weistenhöfer wegen Amtsunterschlagung, Betrug, Urkundenfälschung usw.

Weistenhöfer verwaltete die Kassen von sieben Gemeinden und drei Kirchengemeinden des Kreises Westhofen und plünderte sie. Festgestellt ist ein Betrag von 25 000 Mark, den er aus den Kassen für seine Privatzwecke verschwinden liess. In der Verhandlung wurde u. a. ein Brief dieses Betrügers verlesen, den er an die Nazifraktion des Reichstages geschrieben hat, in dem er seine Parteifreunde auffordert, dahin zu wirken, dass die Amnestie auf alle Straftaten ausgedehnt werde. In ihrer Antwort schrieb die Nazifraktion, sie habe diese Anregung in Arbeit gegeben. Ein Zeichen, dass sie auch Weistenhöfer nicht abschüttelt, sondern trotz seiner Betrugereien deckt.

Das Urteil gegen Weistenhöfer steht noch aus.

SPD. Im Hauptausschuss des Preussischen Landtags, der am Montag und Dienstag tagte, stand das Verhältnis der Harzburger untereinander wieder einmal im Vordergrund der Debatte.

Die Nationalsozialisten beschwerten sich in einem Antrag über den Düsseldorfer Polizeipräsidenten, der ohne jede stichhaltige Begründung sämtliche nationalsozialistischen Wahlversammlungen verboten habe und zwar sei dies zugunsten der Deutschnationalen geschehen. Die ganze Politik von Dr. Bracht und seiner Helfer in Preussen gehe darauf hinaus, den Deutschnationalen zu helfen. Die finanzielle Unterstützung der Deutschnationalen durch Mittel des Reiches und des Staates entziehe sich vorläufig noch der Kenntnis des Volkes. Es stehe aber fest, "dass eine ganze Anzahl deutschnationaler Grossgrundbesitzer im Wahlkreis Frankfurt a/Oder Millionen erhalten haben. Auf diese Weise sei der letzte Wahlkampf finanziert worden. Man habe diese Gelder unter der Bezeichnung Osthilfe und Umschuldung gezahlt und so die Parteikassen der Deutschnationalen Volkspartei gefüllt. So seien allein an drei Grossgrundbesitzer im Kreis Lebus, die der Deutschnationalen Volkspartei angehören, rund 950 000 Mark gezahlt worden. Es handele sich um die Grossgrundbesitzer von Flemming, Graf von Hardenberg und von Stüntzner-Karpe."

Mit diesen Begründungen beantragten die Nationalsozialisten, dass die Behinderung des Wahlkampfes durch die Polizeiorgane des Herrn Dr. Bracht künftighin verboten und unter Strafe gestellt werde, dass die gesamte Finanzgebarung der Herrenklubregierung im Reich und in Preussen, soweit sie den Missbrauch der Osthilfe und der Umschuldungsmittel betreffe, einer strengen Untersuchung unterworfen werde und die schuldigen Polizeibeamten sowie die Polizeipräsidenten von Berlin und Düsseldorf ihrer Ämter enthoben und gerichtlicher Bestrafung wegen Amtsmissbrauch zugeführt werden.

Im Verlauf der Beratungen schwächten die Nationalsozialisten ihren Antrag wesentlich ab. Sie verlangten jetzt, dass die Handlungsweise des Polizeipräsidenten in Düsseldorf nachträglich zum Gegenstand einer eingehenden Untersuchung gemacht, dass die Finanzgebarung des Kabinetts von Papen nachträglich in dem Sinne einer Untersuchung unterworfen werde solle, ob Osthilfe- und Umschuldungsmittel für Zwecke der Wahlpropaganda verwandt worden seien und dass jede Behinderung von Wahlkämpfen durch parteiisch eingestellte Beamte künftig unter besondere Strafe gestellt werde.

Auf die Einwendungen der Sozialdemokraten, dass jetzt die Behauptung der Unterstützung deutschnationaler Grundbesitzer nicht mehr als feststehend angesehen werde, sondern die Frage so zu stellen sei, ob überhaupt solche Mittel für die deutschnationale Propaganda verwandt worden seien, bemerkte ein Nationalsozialist, dass diese von ihm angeführten Behauptungen wahr seien. Er fügte hinzu, dass der Grossgrundbesitzer von Dohna-Schlobitten 540 000 RM und der frühere Landwirtschafts- und Ernährungsminister Graf Kanitz 500 000 RM Unterstützung aus der Osthilfe erhalten hätten. Die Untersuchungen über die Geldzuwendungen an die Deutschnationalen müsse die Schleicher-Regierung vornehmen. Auf die Untersuchung dieser Geldverschwendung durch einen Untersuchungsausschuss verzichteten die Nationalsozialisten. Ihr Antrag wurde schliesslich angenommen; desgleichen der Antrag, dass die Behinderung von Wahlkämpfen durch parteiisch eingestellte Beamte künftig bestraft werden soll.

Die Abstimmung über den Antrag gegen den Polizeipräsidenten in Düsseldorf führte bei den Nationalsozialisten zu einem kleinen politischen Betriebsunfall. Der Antrag lautet:

"Die Handlungsweise des Polizeipräsidenten in Düsseldorf gelegentlich der Abhaltung nationalsozialistischer Versammlungen ist nachträglich zum Gegenstand einer eingehenden Untersuchung zu machen."

Die Sozialdemokraten beantragten hinter "ist" einzufügen: "gemeinsam mit der willkürlichen Behinderung sozialdemokratischer Versammlungen durch nationalsozialistische Minister in Braunschweig und Anhalt". Dieser Antrag wurde gegen die Nationalsozialisten angenommen und damit die Preussische Staatsregierung aufgefordert, auf die Reichsregierung einzuwirken, dass die Willkür in Braunschweig und Anhalt ebenfalls untersucht wird. Die Nationalsozialisten stritten diese Willkür in Braunschweig und Anhalt garnicht ab. Der Vorsitzende Hinkler erklärte vielmehr, dass die Nationalsozialisten nach dem Rezept handeln würden "Haust du meinen Juden, hau ich deinen Juden". Auf die Frage, warum es immer ein Jude sein müsse, auf den die Nationalsozialisten loshauen müssten, stammelten die Nazi-Vertreter einige unverständliche Ausreden. Sie mussten aber mit süssaurer Miene hinnehmen, dass ihre Anträge, vor allem die die frühere preussische Regierung treffen sollten, sich jetzt gegen die nationalsozialistische Polizeiwilckür in Klaggestan und Anhalt richten.

SPD. Braunschweig, 13. Dez. (Eig. Ber.)

Die Blamage der braunschweigischen Justiz im Falle des Hasselfelder Amtsgerichtsrats Meinecke entfesselte in der Dienstag-Sitzung des Landtags eine längere Debatte. Von sozialdemokratischer Seite wurde die sofortige Entfernung des Gefängnisarztes verlangt, der sich neben dem Amtsgerichtsrat mitsamt seiner Familie ebenfalls an den Autofahrten mit seinen nationalsozialistischen Strafgefangenen beteiligt hat. Lebhaft kritisierten die sozialdemokratischen Redner die Tatsache, dass Meinecke, trotzdem seine Verfehlungen der Regierung bekannt geworden sein mussten, noch monatelang im braunschweigischen Justizdienst beschäftigt worden sei. Vergeblich versuchten die Nazis von der unangenehmen Affäre abzurücken. Sie gefielen sich unter Gelächter der Linken als Reiniger der Justiz. Der deutschnationale Justizminister Dr. Kuchenthal tat völlig unorientiert. Er wurde jedoch durch die Akten eines andern überführt.

SPD. Am Dienstag stand sich die Harzburger Front zur Abwechslung in Berlin vor Gericht gegenüber. Es war anlässlich einer Privatklage des Berliner Stahlhelm-Majors Stephani gegen den Redakteur Dürr des Berliner Naziblattes Trotz aller Feindschaft kam ein Vergleich zustande.

Anfang August dieses Jahres, als Hitler seiner SA die Machtergreifung verheissen hatte, erschien in der Berliner "Kreuzzeitung" ein Brief von Stephani, worin der Stahlhelm-Major sich öffentlich beklagte, die SA habe an verschiedenen Orten der Mark Brandenburg versucht, sich der Waffenlager des "Stahlhelm" gewaltsam zu bemächtigen. Dabei hätten sich die Eindringlinge auf die Reichswehr berufen, die ebenso wie die Polizei den kommenden Hitlerputsch mitmachen würde. Diese Flucht des "Stahlhelm" an die Öffentlichkeit versetzte die Nazi-partei in helle Empörung. Stephani wurde in allen Nazi-Versammlungen in der rüdesten Art beschimpft: Schwein, Lump, Schuft. Das Berliner Naziblatt focht in der vordersten Reihe. In zwei Artikeln nannte es den Stahlhelmführer einen Denunzianten und Verräter der nationalen Sache.

Stephani beschwerte sich deshalb bei den "feinen Leuten" in der Nazi-partei und der Führer der Berliner SA, Graf Helldorf, erklärte sich bereit, den Stunk zu decken. Das Naziblatt versprach eine Berichtigung, aber so viel Versprechungen und Ehrenworte auch von dem Naziblatt gegeben wurden, so oft wurden sie auch gebrochen. Stephani klagte deshalb.

In der Gerichtsverhandlung, der drei Reichswehroffiziere beiwohnten, waren die feindlichen Brüder mit ihren Anwälten erschienen. Zuerst beschimpften sie sich noch einmal, dann schlossen sie einen Vergleich. Das Naziblatt will alle Beleidigungen unter der Ueberschrift: "Major v. Stephani gerechtfertigt" zurücknehmen und alle Kosten tragen. Stephani aber, der seine Harzburger vom Hakenkreuz kennt, erklärte ausdrücklich: Der Vergleich sei erst gültig, wenn die Berichtigung und Ehrenerklärung gedruckt im Naziblatt zu lesen sei. Und nun auf zum nächsten Spektakel.

SPD. Warschau, 13. Dezember (Eig. Dr.)

In Lodz wurden am Dienstag vor dem Wojewodschaftsamt und vor dem Rathaus von unbekannten Tätern zwei Bomben gelegt. Eine explodierte und zerriss eine alte Frau. Die andere Bombe konnte rechtzeitig beiseite geschafft werden.

SPD. Im Haushaltsausschuss des Reichstages führte am Dienstag die sozialdemokratische Fraktion ihren Kampf um Aufhebung der Papenotverordnungen fort.

Zunächst wurde die Uebergangsregelung zur Aufhebung der Lohnnotverordnung beraten. Abg. Aufhäuser berichtete über das Ergebnis der Arbeit des Unterausschusses, der auf Wunsch des Reichsarbeitsministeriums die Uebergangsregelung vorbereitet hat: Die von der Regierung vorgesehenen Auslauf Fristen konnten durch den Unterausschuss wesentlich verkürzt werden. Die generelle Auslauffrist wird auf den 31. Dezember festgesetzt werden. In Einzelfällen, in denen ein Betrieb auf Grund der jetzigen Löhne Aufträge vorliegen hat, aus deren Nichtausführung Schaden erwächst, kann auf Antrag der Schlichter die Frist bis spätestens 31. Januar verlängert werden. Der Antrag muss spätestens bis Ende des Jahres gestellt sein. Die zur Verordnung vom 5. September erlassenen Ausführungsbestimmungen treten automatisch ausser Kraft. Mit der Aufhebung der Verordnung werden die Tariflöhne wieder hergestellt. - Der Haushaltsausschuss nahm den Bericht zur Kenntnis.

Im weiteren Verlauf der Haushaltsausschussberatungen beantwortete ein Vertreter des Reichsfinanzministeriums die in der vorigen Sitzung vom Abg. Heinig (Soz) gestellten haushaltrechtlichen Fragen. Die Zusammenstellungen

Über Beteiligungen des Reichs, Subventionen, Kredite, Darlehen und Bürgschaften werden, wie verlangt, dem Haushaltsausschuss nach dem neuesten Stande umgehend vorgelegt. Der Haushaltsplan 1933/34 sei noch nicht so weit fertiggestellt, wie es normalerweise sein müsste. Der Hauptgrund sei, dass die Arbeitsbeschaffung in ihrer Wirkung auf den kommenden Haushaltsplan noch nicht übersehen werden könne. Der Abstrich an den Ausgaben im laufenden Jahre in Höhe von 110 Millionen könne, im einzelnen aufgeteilt, zurzeit dem Haushaltsausschuss noch nicht mitgeteilt werden. Man wolle das aber nachholen.

Abg. Hilferdin; (Soz) beantragt eine allgemeine Erörterung der finanzpolitischen Lage des Reiches im Haushaltsausschuss für den 9. oder 10. Januar vor Beginn der Etatsberatungen. Es wird so beschlossen.

An der Spitze der Anträge, die sich gegen die Notverordnung vom 14. Juni und die übrigen sozialpolitischen Papenverordnungen richten, stehen die sozialdemokratischen Forderungen. Ihnen gegenüber steht ganz klein und schüchtern weit hinten ein einziger nationalsozialistischer Antrag auf teilweise Aufhebung der Notverordnung vom 5. September.

Der Arbeitsminister Dr. Syrup erklärt, die Reichsregierung sei durchaus bereit, die Härten der sozialpolitischen Notverordnung zu beseitigen; eine völlige Aufhebung könne aber nicht durchgeführt werden, weil damit das gesamte Gebäude der Sozialgesetzgebung zusammenbreche.

Abg. Karsten (Soz) begründet den sozialdemokratischen Antrag auf Aufhebung der Juni-Verordnung: Keine der vielen Notverordnungen der letzten Jahre habe eine solche Empörung hervorgerufen wie die Juni-Notverordnung, durch die alle Leistungen der Sozialversicherung stark gekürzt wurden. Die Not der Sozialversicherung dürfe nicht dazu führen, die sehr kleinen Renten immer noch weiter zu kürzen. Die Regierung habe sich die Sanierung sehr leicht gemacht, sie habe den Rentnern einfach befohlen, den Hungerriemen enger zu schnallen. Auch die Bezüge aus Versicherungen, die keine Finanzschwierigkeiten haben, seien gekürzt worden. Die Regierung müsse die Mittel für die Sanierung zur Verfügung stellen. Im Reichstag werde sich, wenn die Nazis auf ihrem Standpunkt beharrten, den sie im Plenum eingenommen hätten, eine Zweidrittelmehrheit gegen die Notverordnungen ergeben. Die Sozialdemokratie kann die Papennotverordnung vom Juni unter keinen Umständen passieren lassen.

Abg. Litke (Soz) setzte sich im besonderen mit den Deutschnationalen auseinander. Die sozialdemokratischen Anträge auf rechtzeitige Sanierung der Invalidenversicherung seien von den Deutschnationalen stets bekämpft worden.

- Abg. Reinhardt (Nat. soz) sprach in scharfen Worten gegen die Juni-Notverordnung, erklärte dann aber, dass seine Fraktion sich noch nicht entschieden habe, ob sie der Aufhebung dieser Notverordnung zustimmen oder einen eigenen Gesetzentwurf als Ersatz für sie einbringen würde. - Ersing (Ztr) betonte, dass seine Partei keine allgemeine Aufhebung der Notverordnung wolle, sondern eine Verbesserung im Einvernehmen mit der Regierung.

Vor Beginn der Abstimmung über die Anträge zur Aufhebung der Juni-Notverordnung erklärte der Vertreter des Reichsarbeitsministeriums, dass ein solcher Beschluss des Haushaltsausschusses einfach nicht durchgeführt werden könne, weil damit die Garantie für eine geordnete Arbeitslosenhilfe dann nicht mehr gegeben sei. Infolge dieser Stellungnahme erklärte das Zentrum, dass es sich, obwohl es bei dem Beschluss des Haushaltsausschusses sich noch nicht um eine Stellungnahme des Reichstagsplenums handeln werde, an den Abstimmungen nicht beteilige. Darauf wurde der sozialdemokratische Antrag, der die Ausserkraftsetzung der Juni-Notverordnung 1932 verlangt, mit den Stimmen der Sozialdemokraten, der Kommunisten und der Nationalsozialisten angenommen. Die übrigen Parteien beteiligten sich an der Abstimmung nicht.

Die Beratungen wurden abgebrochen und damit die Anträge zu den Notverordnungen vom September und Dezember für Mittwoch zurückgestellt. Auf der Tagesordnung der Mittwoch-Sitzung des Haushaltsausschusses steht ausserdem noch ein Antrag wegen des Unglücks in Premnitz.

Die Dienstag-Sitzung des Braunschweigischen Landtags gestaltete sich in ihrem weiteren Verlauf ausserordentlich stürmisch.

Auf den Tribünen hatten zahlreiche Erwerbslose Platz genommen, die besonders das Schicksal der von der sozialdemokratischen Fraktion gestellten Anträge auf Schaffung von Arbeitsgelegenheit und auf Gewährung einer Winterhilfe mit Spannung verfolgten. Als Minister Klagges in einem Zwischenruf während der Rede eines KPD-Abgeordneten von "verhetzten Erwerbslosen" sprach, kam es auf den Tribünen zu lebhaftem Widerspruch. Rufe wurden laut wie: "Nieder mit Klagges. - Fort mit der Hungerregierung Klagges!". Die Sitzung wurde unterbrochen. Der nationalsozialistische Präsident ordnete die Räumung der Tribünen an. Die Nationalsozialisten selbst konnten sich vor der Liebe ihrer eigenen Anhänger nicht retten. Zahlreiche Parteifreunde der Nazis drangen in das Fraktionszimmer der NSDAP. Da der Nazi-Präsident nicht anwesend war, wandten sich die Naziabgeordneten in ihrer Bedrängnis an den sozialdemokratischen Vizepräsidenten Rieke mit der Bitte, die Entfernung der Eindringenden zu veranlassen. Rieke lehnte diese Zumutung jedoch ab.

In der neuen Sitzung wurde Klagges durch den sozialdemokratischen Abgeordneten Rohloff einer Unwahrheit überführt. Klagges hatte die Behauptung aufgestellt, dass die "marxistischen Landräte" in den Braunschweig benachbarten preussischen Kreisen niedrigere Richtsätze für die Wohlfahrtsempfänger angeordnet hätten, als er in Braunschweig. Diese unwahre Behauptung wurde widerlegt. In Gandersheim, so führte der sozialdemokratische Redner unter lebhaftem Hört-hört-Rufen der Linken aus, haben nationalsozialistische Funktionäre ihre Ämter im Fürsorgeausschuss zum Protest gegen den unsozialen Kurs des Herrn Klagges niedergelegt. Die Richtsätze stehen auf dem Papier. Viele Gemeinden in Braunschweig sind durch Klagges gehalten, Sätze auszuführen, bei denen die Erwerbslosen verhungern. Der Naziminister Klagges versuchte sich damit herauszureden, dass die Reichsregierung für sein Versagen verantwortlich sei. Solange die Nationalsozialisten nicht im Reich für eine kräftige nationale Wirtschaftspolitik sorgen könnten, sei an eine Besserung der Verhältnisse nicht zu denken. Er könne auch nichts anderes tun, als immer und immer wieder auf das Reich einwirken. Dieses Bankrottgeständnis wurde von der Linken festgehalten.

In der Stadt Braunschweig versuchten die Kommunisten am Dienstag Ansammlungen. Sprechchöre verlangten Brot und Arbeit. Klagges liess die Erwerbslosen durch berittene Polizei auseinandertreiben. Mehrere Personen wurden verhaftet.

SPD. Paris, 13. Dezember (Eig. Drahtb.)

Die Regierung Herriot hat am Dienstag in einem Kabinettsrat nach Kenntnisnahme der neuen englischen Note an Amerika folgende Note zu dem Schuldenproblem ausgearbeitet:

1) Die französische Regierung nimmt von der Antwort Stimson's vom 8. Dezember Kenntnis, in der die Regierung der Vereinigten Staaten die Möglichkeit zulässt alle Elemente zu prüfen, die den französischen Antrag auf Revision und seine Inbetrachtziehung durch den amerikanischen Kongress und das amerikanische Volk betreffen. 2) Sie bittet um sofortige Eröffnung von Verhandlungen, die darauf hinzielen ein Regime zu revidieren, das unvereinbar mit der rechtlichen und tatsächlichen Lage ist. 3) Die französische Regierung wird am 15. Dezember 19 261 432 Dollar zahlen. Sie wird verlangen, dass diese Zahlung bei dem neu zu vereinbarenden Abkommen in Rechnung gestellt wird. 4) Die französische Regierung hat die Ehre, die Regierung der Vereinigten Staaten davon zu unterrichten, dass Frankreich, solange die durch das Moratorium geschaffene Lage aufrecht erhalten bleibt und wenn nicht eine neue allgemeine Regelung der

internationalen Schulden erfolgt, rechtlich und tatsächlich ausser Stande sein wird, von jetzt ab die Lasten eines Regimes zu tragen, das aufrichtig nur durch die Begleichung der Reparationen gerechtfertigt werden kann."

Diesen Text unterbreitete der Ministerpräsident dem Finanz- und dem Auswärtigen Ausschuss, die um zwei Uhr zu einer gemeinsamen Sitzung zusammentraten. Er begründete ihn nicht näher sondern wies nur auf den nächsten Beschluss hin, den die Kammer zu fassen habe und auf die Möglichkeit, dass eine Zahlungsverweigerung das Ende der Lausanner Abkommen zur Folge haben würde. Beide Kommissionen berieten darauf getrennt über den Regierungsentwurf. Der Auswärtige Ausschuss lehnte ihn mit 24 gegen 9, der Finanzausschuss mit 22 gegen 9 Stimmen ab. Der Generalberichterstatler der Finanzkommission, Lamoureux, und das Mitglied des Auswärtigen Ausschusses, Bergery, wurden beauftragt, eine gemeinsame Entschliessung auszuarbeiten, die der Kammer zur Annahme empfohlen werden soll. Diese Entschliessung war in verhältnismässig kurzer Zeit fertiggestellt. Sie stützt sich in ihren wesentlichen Teilen auf die Entschliessung, die am Montag die sozialistische Fraktion angenommen hat, d.h. sie fordert die Regierung auf, im Einverständnis mit England und den anderen Schuldnern Amerikas sofort die Einberufung einer internationalen Konferenz zu beantragen, die allen Geldüberweisungen ohne Gegenleistung ein Ende machen und die wirtschaftliche Lage sanieren soll. Bis zum Abschluss dieser Konferenz soll die am 15. Dezember fällige Zahlung aufgeschoben werden. Beide Kommissionen nahmen diese Entschliessung an.

Inzwischen hatte um drei Uhr die Kammer Sitzung mit einer Rede des nationalistischen Abgeordneten Marin begonnen, der nach der Geschäftsordnung als einziger Redner zu der am Vortage von Herricot abgegebenen Erklärung Stellung nehmen konnte. Marin sprach sich gegen die Zahlung aus, suchte aber zu beweisen, dass damit die Unterschrift Frankreichs unter dem Schuldenabkommen nicht geleugnet werde. Denn durch seine zahlreichen Interventionen, die zum Abschluss des Moratoriums im Vorjahre und zu dem Lausanner Abkommen geführt haben, habe Hoover selbst die unterzeichneten Verträge hinfällig gemacht. Kein Mensch mit gesundem Verstand und kein Jurist könnte jetzt verlangen, dass die französischen Steuerzahler allein die sich aus den Abkommen ergebenden Lasten tragen. Frankreich verlange Achtung vor den Verträgen, aber diese Achtung bedeute auch, dass diejenigen, die die Durchführung der Verträge unmöglich gemacht haben, sich nicht den Konsequenzen ihrer Initiativen entziehen.

Nach einstündiger Unterbrechung der Sitzung, die dadurch notwendig wurde, dass die gemeinsame Entschliessung des Finanz- und Auswärtigen Ausschusses noch nicht fertiggestellt war, gaben die Vorsitzenden beider Ausschüsse ihre Beschlüsse dem Plenum bekannt. Die Verlesung des von den Kommissionen abgelehnten Regierungsentwurfs fand nur bei einem Teil der Radikalen Beifall. Die übrige Kammer schwieg. Dagegen wurde die gemeinsame Entschliessung der beiden Ausschüsse, die die Zahlung ablehnt, mit grossem Beifall aufgenommen. Franklin-Bouillon, der als erster Redner für die Generaldebatte eingeschrieben war, verzichtete aufs Wort und bat die übrigen Redner das gleiche zu tun, um sofort ein einstimmiges Votum herbeizuführen und nicht einen Beschluss, der die Kammer spalte. Im Namen des Auswärtigen Ausschusses begründete darauf Abgeordneter Bergery die von den beiden Kommissionen ausgearbeitete Entschliessung.

SPD. Das preussische Staatsministerium hat am Dienstag beschlossen, gegen das vom Reichstag angenommene Amnestiegesetz keinen Einspruch zu erheben. Da wahrscheinlich auch Bayern Widerspruch nicht erheben wird, ist anzunehmen, dass das Gesetz am Donnerstag den Reichsrat ohne Schwierigkeiten passiert, sodass sich der Reichstag nicht mehr mit ihm zu befassen braucht.

SPD. Gleiwitz, 13. Dezember (Eig. Dr.)

Das Sondergericht in Gleiwitz verurteilte nach viertägiger Verhandlung den SA-Truppführer Rolle wegen Verbrechens gegen § 214 zu 7 Jahren Zuchthaus und den SA-Mann Drobionka wegen Beihilfe zu 4 Monaten Gefängnis.

Die Verurteilten waren in der Nacht zum 4. August d. J. auf einem Motorrad nach Gleiwitz-Sosnica gefahren. Als sie dort von einer Polizeistreife angehalten werden sollten, gab der SA-Mann Rolle auf die zwei Beamten aus einer 08 Pistole sieben Schüsse ab. Ein Beamter erhielt einen Bauchschuss, ein zweiter einen Unterschenkelgeschoss. Rolle leugnete die Tat bis zum Schluss der Verhandlung und gab an, dass ein Kommunist der Täter sei. Erst unter erdrückender Beweislast legte er im Schlusswort ein Geständnis ab. Drobionka, der von vornherein gestand, hat die Staatsanwaltschaft um Schutz nach seiner Enthaftung ersucht, da er befürchten müsse, dass man ihn umbringen werde. Seine Ehefrau sagte als Zeugin, auch sie werde von der SA bedroht und verfolgt. Rolle ist wiederholt wegen Betrug vorbestraft. Er hat vor Jahren seine sechsköpfige Familie verlassen.

Im Verlauf der Verhandlung wurde von Kriminalbeamten bekundet, dass nach vertrauenswürdigen Mitteilungen von Nationalsozialisten in den Augusttagen die Ermordung von mehreren höheren Polizeibeamten durch Nationalsozialisten geplant gewesen sei.

SPD. Zürich, 13. Dezember (Eig. Drahtb.)

Am Dienstag-Nachmittag ereignete sich im Gütsch-Tunnel in Luzern ein Zusammenstoß zwischen einem Personenzug, der in der Richtung Bellinzona fuhr und einem Eilzug Zürich-Luzern. Das Unglück hat zahlreiche Todesopfer gefordert. Bis 6 Uhr abends waren vier Tote geborgen.

SPD. Görlitz, 13. Dezember (Eig. Dr.)

Die ersten zwei von insgesamt über 30 Terrorakten, die in den Nächsten vom 9. und 10. August in 17 Ortschaften des Landgerichtsbezirkes Görlitz verübt wurden, sind in zweitägiger Verhandlung vor dem Sondergericht in Görlitz abgeurteilt worden. Von sieben an diesen Anschlägen beteiligten Nationalsozialisten wurde der Hauptangeklagte wegen Vergehens gegen das Sprengstoffgesetz zu einem Jahr 7 Monaten Zuchthaus verurteilt. Die übrigen Mitangeklagten erhielten nur geringfügige Gefängnisstrafen. Der Angeklagte, der dem Täter die Handgranaten verschafft hatte, wurde freigesprochen.

Die Verhandlungen ergaben einwandfrei, dass in einer "Besprechung" der SA-Sturmführer im Braunen Haus in Görlitz am 9. August die Anordnung zu "negativen Demonstrationen" - dies ist ein neuer Begriff für das, was man sonst "Terror" nennt - gegeben worden ist. Die "negativen Demonstrationen" hatten den Zweck der nationalsozialistischen Forderung auf Auslieferung der Staatsmacht an Hitler wirksamen Nachdruck zu verleihen.

SPD. Essen, 13. Dezember (Eig. Drahtb.)

Die Essener Stadtverordnetenversammlung wählte am Dienstag mit den Stimmen der vereinigten Rechten, des Zentrums, und der Sozialdemokraten den bisherigen Bürgermeister Schäfer als Nachfolger Brachts zum Oberbürgermeister der Stadt Essen.

Glossen

E R S C H E I N T N A C H B E D A R F

Deutsche Treue.

SPD. Nach dem Austritt Strassers ist Hitler Führer, Osaf und Reichsorganisationsleiter zugleich. Herr Röhm, sein Stabschef als Osaf, hat einen Kollegen erhalten in Herrn Ley, dem organisatorischen Adjutanten Hitlers. Herr Röhm ist die Treppe hinaufgefallen mit Hilfe einer kleinen Felonie.

In der NSDAP wiederholt sich alles. Jeder der Grosswürdenträger ist über den Rücken eines anderen durch Verrat in seine Stellung geklettert. Herr Goebbels hat dazu das Vorbild gegeben, als er in Bamberg Otto Strasser und seine früheren Freunde verriet um einen Posten in der Parteihierarchie der NSDAP. Zum zweiten Mal wiederholte sich der Bruderverrat in der NSDAP beim Fall Stennes. Goebbels benutzte Stennes, Stennes blieb auf der Strecke, Goebbels stieg weiter empor. Sein Ziel erreichte er jedoch nicht. Weder er noch sein Freund Goering bekam die SA. in die Hand. Hitler machte sich selber zum Osaf und Röhm zum Stabschef.

Ley wieder hat die deutsche Treue von Goebbels gelernt. Es war Ley, der im Auftrage Strassers den Brief Strassers an Hitler überbracht hat, weil er das Vertrauen von Strasser genoss! Wenige Stunden später war Ley von Hitler zum Adjutanten und Nachfolger von Strasser ernannt! Gegenüber diesem Musterbeispiel deutscher Treue in der NSDAP verblässen selbst die Leistungen eines Goebbels!

Die deutsche Treue der Nationalsozialisten wird eines Tages an Hitler selbst sichtbar werden. Heute geben ihm seine Grosswürdenträger servile Treuebekennnisse - aber jeder von ihnen hat keinen anderen Gedanken als den, wie er seinem Nächsten den Dolch in den Rücken bohren könnte. Der Verrat am Nächsten ist ihr Lebenselement, Und alles im Zeichen der deutschen Mannestreue!

Lahusen will amnestiert werden!

Das vom Reichstag beschlossene Amnestiegesetz gibt Straferlass für alle Delikte, die aus Anlass von Wirtschaftskämpfen geschehen sind. Es hat sich nun einer gefunden, der von dieser Bestimmung Gebrauch machen möchte - Herr Lahusen, der Wirtschaftsverbrecher von der Nordwolle! Er hat journalistische Vertreter - Wirtschaftsverbrecher wie Lahusen können sich das leisten und bezahlen - die der Öffentlichkeit erzählen, es sei ein sehr strittiger Fall, was Wirtschaftskämpfe eigentlich bedeuten. Der arme Herr Lahusen zum Beispiel sei keineswegs so ein Verbrecher, sondern ein armes und unglückliches Opfer eines Wirtschaftskampfes. Es gebe nicht nur Wirtschaftskämpfe zwischen Arbeitern und Unternehmern, vielmehr seien auch die Kämpfe zwischen Unternehmergruppen als Wirtschaftskämpfe anzusprechen. Herr Lahusen aber sei aus Anlass eines solchen Wirtschaftskampfes zu seinen strafbaren Handlungen gekommen, also müsse man die Frage aufwerfen, ob er nicht auch amnestiert werden müsse! Jeder Dieb, jeder Räuber, jeder Betrüger kann ebenso argumentieren! Jeder kann sein Eigentumsvergehen auffrisieren als ein Delikt, das aus Anlass seines Wirtschaftskampfes gegen die Besitzenden geschehen sei! Die Logik der Wirtschaftsverbrecher ist kostbar!

Vielleicht gründen die Herren Lahusen & Co. rasch noch eine Gewerkschaft der mit dem Strafgesetz in Konflikt gekommenen Wirtschaftsführer! An Mitgliedern wird es nicht fehlen, in dieser an Wirtschaftsskandalen reich gesegneten

Zeit! Die Gewerkschaft der mit dem Strafgesetz in Konflikt geratenen Wirtschaftsführer könnte dann für alle Wirtschaftsverbrecher gemeinsam die Behauptung durchfechten, dass sie alle nur unschuldige und unglückliche Opfer von Wirtschaftskämpfen sind!

Sie begreifen es nicht.

Der echte herzlose Bürokratengeist, der keinerlei Gefühl für die Leiden der Erwerbslosen hat, hat sich in Münster in Westfalen enthüllt. Einem Arbeiter, der für das städtische Wohlfahrtsamt Notstandsarbeiten verrichtete, wurde eine Schaufel entwendet. Die Stadt hielt ihm dafür 1,50 Mark vom Lohn ein, gegen alle rechtlichen Vorschriften. Nach vergeblichen Vorstellungen klagte der Arbeiter beim Arbeitsgericht. Das Gericht machte dem städtischen Vertreter klar, dass die Lohnaufrechnung nicht erlaubt sei. Trotzdem zahlte die Stadt dem armen Erwerbslosen das Geld nicht aus. Sie bestand vielmehr auf Prinzipienreiterei auf einer Entscheidung. Inzwischen hatte sich die Schaufel wieder angefunden, aber die Stadt zahlte dennoch nicht. Sie wollte ein Urteil, um die Frage grundsätzlich zu klären!

Selbstverständlich wurde sie verurteilt, 1,50 Mark zurückzuzahlen, aber die grundsätzliche Klärung wurde ihr vom Gericht abgelehnt. Sie wurde lediglich verurteilt, da der Grund für die Einbehaltung nicht mehr gegeben sei.

Diese herzlosen Bürokraten haben bei ihrer Prinzipienreiterei mit den Interessen und den Gefühlen eines armen Erwerbslosen freventlich gespielt. Was wissen sie von den Bitternissen eines Mannes, der Notstandsarbeiten verrichten muss, und der sich um den verdienten Lohn von einer kaltschnäuzigen Bürokratie betrogen fühlt? Wenn solcher Mann zähneknirschend davongeht mit den Worten: "So springen sie mit uns Armen um! Davonjagen sollte man solche Leute!" so hat er tausendfach recht!

Es kommt darauf an, Arbeit zu schaffen, nicht Arbeitslose zu treten! Aber die echten Bürokraten begreifen es nicht. Sie werden es niemals begreifen!

Für den kommenden Krieg.

Die Bundeszeitung des Stahlhelm veröffentlicht Musterbeispiele für den Unterricht im Jungstahlhelm. Darunter finden wir das folgende Beispiel, das klassisch die geistige Vorbereitung der Stahlhelmer bei einem kommenden Krieg zeigt:

"Lehrbeispiel Korridor. Eure Wohnung zwei Stuben, dazwischen Korridor. Wenn du von der Schlafstube in die Küche gehst, musst Du über den Korridor. Selbstverständlich, denn es ist deine Wohnung. Eines Tages wird in den Flur eine Polakenfamilie einquartiert. Sie zieht mit Sack und Pack ein. Die beiden Türen werden mit Spinden zugestellt, oder du musst den Polen um Erlaubnis fragen, wenn du von der einen Stube in die andere willst. Was denkst du dann? - Ich kriege die Wut! - Klar, was tust du? - Ich schmeisse ihn raus. - Das täte ich auch am liebsten. Er ist aber schwer bewaffnet, und die Nachbarn helfen ihm noch. Was nun? - Ich muss auch bewaffnet sein. - Richtig, wie stark? - Dass ich mit den Polen fertig werden kann, wenn ich mich wehren muss."

Das ist systematische Arbeit für einen künftigen Krieg mit Polen um den Korridor!

des etwa zwei Meter hohen Grases sollen jede Flutwelle zerbrechen. Die Aus-
sichten, die sich nun eröffnen, werden kaum zuüberschätzen sein. Menschenle-
ben und wertvolles Land werden mit Hilfe einer scharfsinnigen Beobachtung,
die ein einfacher Proletarier machte, vor Katastrophen, die gieriges Wasser
verursachen kann, bewahrt bleiben.

+ + +
Der ewige Prozess. Im Berliner Caro-Petschek-Prozess hielt Justizrat
Drucker in Beantwortung des Alsbergschen Fünftageplädoyers eine sechstägige
Replik. Dann ergriff wieder Professor Alsberg das Wort. Er erklärte, dass sein
Mandant schon aus rechtlichen Gründen freigesprochen werden müsse.

Wann es zur Urteilsfällung kommt, lässt sich noch nicht sagen. Die Pet-
schek-Anwälte haben wieder eine Reihe von Beweisanträgen gestellt.

+ + +
Kompott als Heilmittel. Der bedeutende Wiener Kliniker Professor Jagic
lässt neuerdings Kranken, die an hohem Blutdruck leiden, in ihre Kur soge-
nannte Kompott-Tage einschieben, an denen sie nichts anderes als Obst essen
dürfen. Professor Jagic will besonders bei Nieren- und Herzkranken sehr gu-
te Erfahrungen gemacht haben.

+ + +
Dreifacher Mörder. In Tauroggen (Litauen) wurde der 33 Jahre alte Melker
Karl Listat unter der Beschuldigung, das greise Ehepaar Kuch und seine Toch-
ter in Romeyken bei Eydtkuhnen ermordet zu haben, ermittelt und verhaftet.
Ein Ehepaar Kummetat, das gleichfalls festgenommen wurde, hat sich der Bei-
hilfe schuldig gemacht.

+ + +
Der Autoanwalt. Die Stettiner Polizei hat ein öffentliches Fahndungs-
ersuchen nach dem Berliner Gerichtsassessor Kiwitt erlassen. Dr. Kiwitt war
der "Rechtsberater" der Autodiebskolonne Scheer, Cohn, Erban und Genossen.

+ + +
Die Rache der Unterwelt. In der Nacht zum Dienstag wurden in Chicago
nicht weniger als acht Personen erschossen. Allem Anschein nach will sich
die aufbegehrende Unterwelt für einen Erlass des Chicagoer Oberbürgermei-
sters Cermak rächen. Jener Erlass bestimmt, dass die Stadt Chicago unnach-
sichtlich von allen unerwünschten Elementen zu säubern sei.

+ + +
Hilfe für Rosemarie. Im Berliner "Theater im Admiralspalast" wurde am
Montag Franz Molnars Schauspiel "Lilion" zugunsten der von ihrer Mutter so
schwer misshandelten, jetzt langsam genesenden sechsjährigen Rosemarie Boddin
gespielt.

+ + +
Die Premnitzer Katastrophe. Die Vermutung, dass als Ursache der Premnitz-
Rathenower Explosionskatastrophe Sprengstoffentzündung in Frage kommt, bestä-
tigt sich. Die Staatsanwaltschaft bemüht sich jetzt festzustellen, wie der
Sprengstoff in die Halle gekommen ist. Es bestehen hierfür so zahlreiche Mög-
lichkeiten, dass mit einer Klärung der Schuldfrage frühestens in zwei Wochen
zu rechnen ist.

+ + +
Hohenzollerndank. Vor dem Potsdamer Arbeitsgericht begann am Dienstag
eine Verhandlung gegen den Prinzen Friedrich Leopold von Preussen junior, bzw.
gegen die prinzliche Hausgutsverwaltung; der Termin wurde nach zwecklosem
Verhandeln vertagt. Kläger ist die 67jährige Witwe des prinzlichen Villenauf-
sehers Bartsch auf Uskam bei Sassnitz. Bartsch ist im Juni gestorben. Seit 30
Jahren gehörte er zum Hofstaat des Prinzen Friedrich Leopold senior. Die Klä-
gerin erhielt bis heute noch keinen Pfennig Pension; Mahnungen und Pfändungs-
aufträge hatten keinen Erfolg. Als ein Vertreter des jungen Prinzen vor Ge-

richt erklärte, dass die beklagte Partei keinerlei flüssige Mittel besitze, fragte der Vorsitzende empört: "Besteht nicht so viel Vertrauen zu den prinzipiellen Erben, dass die Hausgutsverwaltung die rückständige Pension von etwa 900 Mark für die alte Frau gibt? Die alte Frau auf Uskam braucht Geld. Sie kann doch nicht verhungern! Wo ist denn der Prinz jetzt?" Die Antwort des Hohenzollern-Vertreters: "In Lugano..."

Pech... Im Berliner "Wintergarten" wurden drei internationale Taschendiebe auf frischer Tat ertappt. Sie hatten sich ausgerechnet den Führer einer Taschendiebstahlsstreife als Opfer auserkoren.

"Sport". In Camden (New Jersey) trafen zwei Amerikaner und ein Engländer ein, die vor genau vier Jahren Los Angeles auf Rollschuhen verlassen hatten. Sie wollen auf ihrem merkwürdigen Gefährt um die ganze Welt rollen. 65 000 Kilometer haben sie bereits zurückgelegt; 25 000 "fehlen" ihnen noch. Am Ziel sollen ihnen von amerikanischen Filmfirmen für ihre Leistung 65000 Dollar ausgezahlt werden.

Identifiziert... Der Leichnam, der in viele Teile zerstückelt vor drei Wochen in zwei Koffern auf den Bahnhöfen Rom und Neapel aufgefunden wurde, ist nunmehr identifiziert. Die Ermordete ist ein junges Dienstmädchen aus Rom, das Anfang November aufgrund eines Heiratsgesuchs seine Dienststelle verlassen hat. Von den Mördern fehlt noch immer jede Spur.

Auch eine "Flüsterkneipe". In einer sogenannten "Flüsterkneipe" in Detroit kam es zu einer Revolverenschlacht zwischen Angehörigen von zwei Alkoholschmugglerbanden. Eine Person wurde getötet, vier Personen erlitten schwere Verletzungen.

Sich selbst amnestiert. Aus dem Perleberger Gerichtsgefängnis flüchtete ein Strafgefangener, der wegen Diebstahls eine längere Freiheitsstrafe zu verbüßen hatte.

Jagdunglück. In der Nähe von Kantow (Kreis Ruppin) wurde auf einer Jagd ein Bauerngutsbesitzer von seinem Vetter erschossen. Der Vetter hatte sein Opfer in der Dunkelheit für ein Wildschwein gehalten...

Verschüttet. Auf der Zeche "St. Marguérite" in Péronnes (Nordfrankreich) wurden durch Schlagwetter sechs Bergleute verschüttet. Zwei wurden als Leichen geborgen. Auch für die übrigen Verunglückten besteht wenig Hoffnung.

Dambruch durch Erdstöße? Am Wasserkraftwerk der "Kommunalen Elektrizitätsgesellschaft G.m.b.H. Fröndenberg (Westfalen)" brach plötzlich der Damm in einer Breite von etwa 15 Metern. Gewaltige Wassermassen überfluteten das angrenzende Gelände. Als Ursache des Dambruchs vermutet man Erdstöße, die kürzlich in Westfalen verzeichnet wurden.

Der Tod der Arbeit. In Braunschweig zog sich ein Schornsteinfeger im Schlot der Volksbadeanstalt Ritterstrasse durch Kohlendunst eine tödliche Vergiftung zu.



Die teure Post.

Ein Gesamtgebührenindex von 195,3.

SPD. Die Preispolitik der Reichspost steht seit längerer Zeit im Mittelpunkt heftiger Auseinandersetzungen. Viel Aufsehen erregte z.B. eine Denkschrift, die aus Kreisen der Industrie- und Handelskammern stammt und die eine Vergleichung der Postpreise von 1930 - neuere Angaben lagen bei der Abfassung noch nicht vor - mit den Vorkriegspreisen durchführte. Für die vergleichbaren Reichspostbetriebe ergab sich auf Grund dieser Vergleichung ein Gesamtgebührenindex von 238,5. Danach war die Reichspost im Jahre 1930 fast zweieinhalb Mal so teuer als vor dem Krieg. Der Gebührenindex für das eigentliche Postwesen wurde in der Denkschrift, Preise von 1913 immer gleich 100 gesetzt, mit 222,5 angegeben, der für Telegraphie mit 275, und der für das Telephon mit 413,1.

Das Ergebnis entspricht sicherlich dem allgemeinen Empfinden, dass gerade das Telephon stark überteuert ist. Nun darf man nicht vergessen, dass die Post gegenwärtig etwas ganz anderes ist als vor dem Krieg. Der Betrieb hat sich sicherlich kompliziert. Die Post steht heute auch auf eigenen Füßen und muss an das Reichsfinanzministerium ganz erhebliche Summen abführen, während sie früher auf allgemeines Unkostenkonto wirtschaften konnte. Vor allem haben sich die Kapitalsanlagen vermehrt. So dürfte die Zahl der Hauptanschlüsse beim Telephon gegenüber der Vorkriegszeit um 1 Million gestiegen sein. Alles das wollen wir gelten lassen, aber auch das lässt die Preispolitik der Reichspost in keinem besseren Licht erscheinen. Wenn die Leistungsziffern der Post von Jahr zu Jahr zurückgehen, so ist die Krise daran schuld, aber auch die schier unbegreifliche Preispolitik. In den sieben Monaten des laufenden Rechnungsjahres ist die Zahl der Hauptanschlüsse um 75 000 zurückgegangen gegenüber einem Rückgang von 25 000 in derselben Zeit des Vorjahres. Eine solche Entwicklung entwertet die Einrichtung des Telephons, passt aber durchaus zu den Klagen über das teure Telephon. Gegenüber einem Gebührenindex von 413,1 in der oben erwähnten Denkschrift errechnet allerdings die Reichspost für Ortsgespräche einen Index von 128 und für Ferngespräche, Gespräche von Ort zu Ort, einen solchen von 220. Tatsache ist aber, dass die Einnahmen im Telephonverkehr vor dem Kriege nicht ganz 192 Millionen Mark betragen, während im Jahre 1930 etwas über 712 Millionen Mark aufgekomen sind. Es verbleibt eine Einnahmesteigerung um das 3,7 fache, die besonders deshalb ins Gewicht fällt, weil der Verkehr wohl gegenüber der Vorkriegszeit im grossen und ganzen gleich geblieben ist.

Eine sehr interessante Aufgliederung der Preispolitik bei der Reichspost hat jetzt Regierungsbaurat a.D. Dr. Reisterbergk, Syndikus der Industrie- und Handelskammer Krefeld, durchgeführt und in dem amtlichen Organ des deutschen Industrie- und Handelstages veröffentlicht. Danach ergibt sich bei der Reichspost im Jahre 1930 beim eigentlichen Postwesen, Preise von 1913 immer = 100 gesetzt, ein Gebührenindex von 150, beim Postschek von 100, bei der Telegraphie von 275, bei den Ortsgesprächen von 364 und bei den Ferngesprächen von 220. Daraus ergibt sich für das Jahr 1930 eine mit Hilfe des Anteils der einzelnen Dienstzweige an den Gesamteinnahmen gewogener Gebührenindex für das gesamte Postwesen von 214. Nun hat die Reichspost im März 1931 und

im Januar 1932 Gebührenermässigungen mit einem rechnermässigen Ausfall von 167 Millionen Mark vorgenommen. Heisterbergk errechnet auf Grund dieser Ermässigung für 1931 einen Gebührenindex von 195,3.

Es kommt wirklich nicht darauf an, ob dieser von privater Seite errechnete Gebührenindex ganz genau stimmt. Die Post wird zugeben müssen, dass ihre Gebühren überhöht und dass die Klagen des Publikums berechtigt sind. Der Gebührenindex der Reichspost ist wesentlich höher als der Gebührenindex der Reichsbahn. Er ist masslos überhöht im Vergleich mit dem Lebenshaltungsindex. Die Reichspost tut gut, die Dinge hier normaler zu gestalten, ehe sich der Ruf erhebt: Schützt die Reichspost vor ihrer Preispolitik!

SPD. In den letzten Tagen sind Gerüchte aufgetreten, nach denen man fleissig dabei ist, die vom Reich für vieles Geld aufgekaufte Gelsenkirchener-Bergwerks A.G., der I.G. Farbenindustrie zuzuschancen. Reich und I.G. Farbenindustrie haben am Dienstag diese Gerüchte dementiert. Aber gewisse Vorgänge an der Börse deuten daraufhin, dass an diesen Gerüchten schon etwas ist.

Schon damals wurden Nachrichten in die Öffentlichkeit lanciert, wonach das Reich für Gelsenkirchen die Essener Steinkohlenbergwerke (für die der Stahltrust (Vereinigte Stahlwerke A.G.) einstmals an die Kasseler Lokomotivfabrik Henschel einen Preis gezahlt hat, der heute wie ein Märchen anmutet) im Alleinbesitz erhalten sollte. Bei diesem Tausch würde das Reich ein wertvolles und teuer bezahltes Objekt, nämlich Gelsenkirchen, für Appel und Ei losgeschlagen haben. Bei den Plänen, die anscheinend in der I.G. Farbenindustrie ausgeheckt worden sind, der der gegenwärtige Reichswirtschaftsminister Dr. Warmbold entstammt, könnte nichts anderes herauskommen. Die I.G. Farbenindustrie hat in der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie bereits vor Jahren durch den Erwerb der Rheinischen Stahlwerke (Rheinstahl) Fuss gefasst. Nun besitzt Rheinstahl für 10 Millionen Mark Gelsenkirchen-Aktien und für 71 Millionen Aktien der Vereinigten Stahlwerke. Das Projekt soll dahin gehen, dass Rheinstahl seine Stahlvereinsaktien an das Reich abtritt, während das Reich Rheinstahl durch Gelsenkirchen-Aktien entschädigt. Das Ende vom Liede wäre, dass die I.G. Farbenindustrie über Rheinstahl in die Gelsenkirchen eindringt, das Reich die Majorität von Gelsenkirchen verliert und als zweifelhaften Ersatz dafür einen Haufen Stahltrustaktien erhält, über deren Wert, verglichen mit Gelsenkirchen-Aktien, man sehr streiten kann. Im Ruhrgebiet würde das Reich Mitläufer und Zahlmeister sein; zu bestimmen hätten die privatkapitalistischen Interessen. Das wäre das eine. Andererseits sind die Leute bei der I.G. Farbenindustrie ohne Zweifel so gute Geschäftsleute, dass sie dem Reich für Gelsenkirchen-Aktien unter keinen Umständen den hohen Preis zahlen werden, den das Reich unbegreiflicher Weise gezahlt hat. Warum hat die I.G. Farbenindustrie nicht sofort die Majorität der Gelsenkirchen gekauft? Die Annahme liegt doch nahe, dass, wenn man man den Umweg über das Reich wählte, man davon ein gutes Geschäft erhofft.

Im übrigen erhebt sich eine ganze Anzahl von Gründen, die gegen das weitere Eindringen der I.G. Farbenindustrie in die Kohlenindustrie sprechen. Der Grosschemie sind in den letzten Jahren im rheinisch-westfälischen Industriegebiet nicht nur auf dem Gebiet der Düngemittel (synthetische Stickstoffherstellung) ernstliche Konkurrenten entstanden. Wenn die I.G. Farbenindustrie die Entwicklung im Ruhrgebiet auch nicht 100%ig zurückschrauben kann, so kann sie doch mit ihrem weiteren Eindringen in die Kohle ihre Monopolstellung festigen. Das gilt nicht nur für den Stickstoff und

für die verschiedenen Düngemittel, sondern auch für Benzine bzw. Benzole. Der Skandal ist aber schliesslich, dass das Reich, also die Steuerzahler, eine Monopolisierung bezahlen, von der das Land nur schlimmste Ausbeutung zu erwarten hat.

SFD. Das Schicksal, das der sozialdemokratische Antrag auf Gewährung einer Winterhilfe im Reichstag gefunden hat, beweist, dass die Koalition zwischen Schleicher, den Nazis und den bürgerlichen Parteien bereits sehr gut funktioniert und dass zwischen der Papenregierung und der Schleicher-Regierung kein Unterschied besteht. Der Finanzminister Krosigk hat gegenüber den sozialdemokratischen Deckungsvorschläge für die Winterhilfe, Hand in Hand mit den Nazis und mit den bürgerlichen Parteien, eine Haltung eingenommen, die sich durch nichts von dem sozialen Unverständnis der Papenregierung unterscheidet.

Krosigk behauptete, dass die sozialdemokratischen Deckungsvorschläge ersten unzureichend und zweitens durchführbar sind. Bei der ersten Behauptung machte sich Krosigk die Sache sehr leicht. Er ging bei der Ablehnung der erforderlichen Aufwendungen von den allerhöchsten Preisen aus und verfiel bei den Deckungsvorschlägen auf den Trick, sie nur auf die kurze Zeit bis zum Ende des Rechnungsjahres zu beziehen statt auf ein ganzes Jahr, Ueberdies vergass er auch dabei noch einige wichtige Deckungsposten. In Wirklichkeit sieht aber die Deckungsrechnung folgendermassen aus: Für die viermonatige Belieferung der Hilfsbedürftigen mit Kohle, Brot und Fleisch würden Kosten von 180 bis 190 Millionen entstehen. Dabei wird vorausgesetzt, dass die Kohlen zu Exportpreisen berechnet, frachtfrei geliefert und von den Unterstützungsberechtigten vom Bahnhof abgeholt werden; beim Brot müssen Müller und Bäcker auf einen Teil der Handelsspanne verzichten, was ihnen umso eher zugemutet werden kann, als es sich um einen zusätzlichen Absatz handelt; beim Fleisch soll eine Verbilligung für die Unterstützungsberechtigten um 30 Pfg. je Pfund eintreten. Diesen Mehrausgaben stehen folgende Deckungsmittel gegenüber: Zollmehreinnahmen infolge Aufhebung des Beimischungszwanges von 31 Millionen Mark, die Heraufsetzung der Ausgleichsabgabe für inländische Treibstoffe auf die Höhe des Zollsatzes würde 70 Millionen Mark bringen, die Einsetzung der Marktstützungsmittel des Reichsernährungsministeriums 64 Millionen und die Anrechnung rückständiger Steuern des Kohlenbergbaus für Kohlenlieferungen allermindestens 20 Millionen. Das ergibt zusammen mindestens 185 Millionen Deckungsmittel, also ganz genau den Betrag, der für die Winterhilfe gebraucht wird.

Wenn Krosigk behauptet, dass die Deckungsvorschläge ungenügend sind, so verhüllt er damit in Wirklichkeit nur seine eigentliche Absicht: an den ungerechtfertigten Subventionen für den Besitz nicht zu rütteln. Charakteristisch dafür ist seine Einstellung zur Benzinausgleichsabgabe. Er hat es schon als ein grosses Zugeständnis hingestellt, dass die Ausgleichsabgabe, die die inländischen Benzinerzeuger zum Ausgleich für die Zollentlastung der ausländischen Erzeuger zu zahlen haben, wieder auf die ursprüngliche Höhe heraufgesetzt wird. Dabei stellte die willkürliche Herabsetzung der Ausgleichsabgabe durch das Reichsfinanzministerium eine in jeder Beziehung absolut ungerechtfertigte Subvention an die I.G. Farbenindustrie und an die Schwerindustriedar; auch die jetzt angekündigte Heraufsetzung ist völlig ungenügend; denn inzwischen ist der Benzinpreis durch monopolistischen Machtmissbrauch des wiedererstandenen Kartells auf eine irrsinnige Höhe hinaufgetrieben worden. Es muss deshalb gefordert werden, dass die Ausgleichsabgabe auf die volle Zollhöhe heraufgesetzt wird. Selbst dann würden die inländischen Treibstoffherzeuger noch von den Kartellpreisen profitieren, solange

die Reichsregierung ihre Pflicht, das Kartell zur Herabsetzung der Benzinnpreise zu zwingen, vernachlässigt.

Ebenso ungerechtfertigt ist die Beibehaltung des Beimischungszwanges von Branntwein zum Benzin, an dem die Regierung Schleicher festhalten will. Damit wird der Staat einer wichtigen Einnahmequelle beraubt und der Kraftverkehr erdrosselt, bloss um eine volkswirtschaftlich überflüssige, absolut unrationelle und kostspielige Form der Subventionierung der Grossagrarien aufrecht zu erhalten. Es wurde von sozialdemokratischer Seite schon wiederholt der Weg aufgezeigt, wie bei voller Wahrung der Interessen der östlichen Landwirtschaft die Branntweinwirtschaft vollständig umgestellt, wesentliche Einsparungen gemacht und auf den Beimischungszwang verzichtet werden könnte.

Es bleibt also als Ergebnis des sozialdemokratischen Vorstosses zugunsten der Aermsten der Armen, dass die Regierung Schleicher im trauten Verein mit den Nazis und allen anderen bürgerlichen Parteien für das bejammerungswürdige, durch die Winternot noch verschärfte Schicksal der Opfer der Krise genau so wenig Verständnis zeigt wie die Regierung Papen. Genau so wie die Regierung Papen zeigt sie aber das wärmste Verständnis für alle volkswirtschaftlich unberechtigten und finanziell kostspieligen Subventionen an die Besitzenden.

SPD. Die deutsch=polnischen Verhandlungen, die auf eine Erweiterung des Kontingentsabkommens von März 1932 hinielen, stehen vor dem Abschluss. Polen hat die Einfuhr von deutschen Qualitätsgarnen und Rohhäuten aus Deutschland zugebilligt, während die Deutschen in eine vermehrte Einfuhr von groben Garnsorten nach Deutschland eingewilligt haben. Ausserdem wird Deutschland Polen Erleichterung in der Buttereinfuhr zugestehen. In Warschau nimmt man an, dass der glatte Verlauf der Verhandlungen dazu anregt, auch auf andern Gebieten mit den Deutschen die notwendige Verständigung zu suchen.

Berliner Viehmarkt.

(13. Dez.)

SPD. Der Angebotdruck trat am Dienstag vor allem bei Kälbern, Hammeln und Schweinen stärker in Erscheinung. Die Käufer kamen durchweg billiger an die Ware. Der Handel war durchweg ruhig. Am Schweinemarkt waren über 13 000 Tiere aufgetrieben.

Notierungen. Schweine: a) über 300 Pfund - (-), b) 240 - 300 Pfund. 38 - 39 (40), c) 200-240 Pfund. 36 - 38 (38-39), d) 160 -200 Pfund. 34 - 36 (35-37), e) 120- 160 Pfund. 31 - 33 (33-34), Sauen 34-35 (34-37). Kühe: a) 22 - 24 (23-25), b) 18-20 (18-20), c) 15-17 (15-17), d) 10-14 (9-14). Kälber: a) - (-), b) 38-45 (38-46), c) 25-35 (25-36), d) 15-23 (15-23). Schafe: a) 30-31 (31), b) 18-21 (20-22), c) 24-26 (26-27), d) 14-24 (17-25).

SPD. Berliner Butterpreis vom 13. Dezember. Amtliche Notierung ab Erzeugerstation, Fracht und Gebinde gehen zu Käufers Lasten: I. Qualität 113, II. 106, abfallende Sorten 97 RM je 50 kg. Tendenz: ruhig.

Steigendes Angebot.

(Berliner Getreidebörse vom 13.12.)

SPD. Am Lieferungsmarkt gingen die Preise für beide Brotgetreidearten am Dienstag um rund $1\frac{1}{2}$ Mark zurück. Die Deutsche Getreidehandelsgesellschaft soll allein am Lieferungsmarkt 6000 Tonnen Brotgetreide aufgenommen haben, um einen grösseren Preisrutsch zu verhüten. Besser gehalten war wegen Frostbefürchtungen anfangs lediglich die Dezember=Weizennotierung. Allem Anschein nach steigerte die Vorratserhebung des deutschen Landwirtschaftsrats vom Montag das Angebot, das wieder den grossen Umfang in der Vorwoche angenommen hat. Sehr stark war auch das Angebot in effektiver Ware. Trotzdem die Stützungsstellen grössere Mengen aufnahmen, verloren Weizen 2 Mark und Roggen 1 Mark. Im Verlauf der Börse kam am Lieferungsmarkt weiteres Material heraus, das die Stützungsstellen zu niedrigeren Preisen aufnahmen. Der allgemeine Rückgang zog schliesslich auch die Dezembernotierung für Weizen mit sich, die sich insgesamt um rund 2,5 Mark ermässigte.

	<u>12.12.</u>	<u>13.12.</u>
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	190 - 192	188 - 190
Roggen	153 - 155	152 - 154
Braugerste	169 - 179	168 - 178
Futter- und Industrierogerste	160 - 167	159 - 166
Hafer	119, - 124	118 - 123
Weizenmehl	24,00 - 26,70	23,90 - 26,60
Roggenmehl	19,60 - 21,80	19,50 - 21,70
Weizenkleie	9,10 - 9,40	9,10 - 9,40
Roggenkleie	8,70 - 9,00	8,70 - 9,00

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen Dez. 206 - 203 $\frac{1}{2}$ (Vortag 206), März 207 - 206 $\frac{1}{2}$ (208 $\frac{1}{2}$), Mai 210 $\frac{1}{2}$ - 210 (212). Roggen Dez. 165 - 164 $\frac{1}{2}$ (166 $\frac{1}{2}$), März 167 $\frac{1}{2}$ - 167 (169), Mai 170 $\frac{1}{2}$ - 170 $\frac{1}{2}$ (172). Hafer Dez. 128 (-), März 129 $\frac{1}{2}$ - 129 (132).

Raufutternotierungen.

Drahtgepresstes Roggenstroh (Quadratballen) Rll	0,65 = 0,85
" " Weizenstroh " " Rll	0,45 = 0,65
" " Haferstroh " " Rll	0,45 = 0,65
" " Gerstenstroh " " Rll	0,45 = 0,65
Roggen=Langstroh, 2 mal mit Stroh gebündelt Rll	0,75 = 1,00
Bindfadengepresstes Roggenstroh Rll	0,55 = 0,75
" " Weizenstroh Rll	0,45 = 0,55
Häcksel	Tendenz: still Rll
Handelsübliches Heu, gesund und trocken Rll	1,10 = 1,30
Gutes Heu, gesund und trocken 1. Schnitt Rll	1,80 = 2,20
Luzerne, lose Rll	2,25 = 2,55
Thymothee, lose Rll	2,30 = 2,60
Kleeheu, lose Rll	2,10 = 2,40
Drahtgepresstes Heu Rll	0,40 über Notiz.

Tendenz: ruhig.

Gewerkschaftliche Rundschau ✖

Französische Arbeitsbeschaffung.

SPD. Paris, 13. Dez. (Eig. Ber.)

Auch in Frankreich macht die Regierung zur Zeit den Versuch, mit Hilfe systematischer Arbeitsbeschaffung den Arbeitsmarkt zu entlasten.

Die Kammer beschäftigte sich bereits mit einem Gesetzentwurf zur Ausführung grosser öffentlicher Arbeiten. Die Regierung verfolgt mit diesem Entwurf einen doppelten Zweck: erstens will sie durch Schaffung neuer Arbeitsmöglichkeiten die Arbeitslosigkeit verringern und die Geschäftstätigkeit beleben, und zweitens will sie mit diesem Gesetzentwurf die Ausbalancierung des Staatshaushalts für die Jahre 1933 und 1934 erleichtern.

Der zweite Zweck ist der Hauptgrund dafür, dass die Vorlage schon jetzt, d.h. vor der Beratung des Budgetentwurfs für 1933 der Kammer unterbreitet worden ist; denn in die Vorlage wurden verschiedene bereits ausgeführte Arbeiten einbezogen, für die die Kredite noch nicht bewilligt waren; auch umfasst die Vorlage eine Anzahl laufender Arbeiten, die bisher stets auf Kosten des Staatshaushaltes ausgeführt worden sind. Da nun die für die Durchführung des Gesetzentwurfes notwendigen Gelder durch Anleihen aufgebracht werden sollen, werden die ordentlichen Budgetausgaben des nächsten Jahres um etwa 1 1/2 Milliarden und die des Jahres 1934 um 700 Millionen Francs verringert.

Der Regierungsentwurf sieht Arbeiten in Höhe von 7 1/2 Milliarden Francs vor, die zur Hälfte auf die Jahre 1933 und 1934 verteilt werden sollen. Von dem genannten Betrag sind 1,6 Milliarden für bereits ausgeführte oder in Gang befindliche Arbeiten und 2,2 Milliarden für laufende Arbeiten (hauptsächlich Unterhaltungsarbeiten) abzuziehen, sodass für wirklich neue zusätzliche Arbeiten nur ein Betrag von etwa 3,3 Milliarden übrig bleibt. Das macht für jedes Jahr 1,65 Milliarden, d.h. etwa 275 Millionen Mark aus, die - auf ganz Frankreich verteilt - wahrscheinlich nicht die erhoffte Wirkung d.h. eine nennenswerte Verringerung der Arbeitslosigkeit zur Folge haben.

Von den 3,3 Milliarden für neue Arbeiten entfallen allein 2 1/2 auf das Ministerium für öffentliche Arbeiten. Für den Bau von Strassen und Brücken sind 1,1 Milliarden bestimmt, für Anlage neuer Schiffahrtswege und Flusshäfen 328 Millionen, für Seehäfen und Küstenarbeiten 708 Millionen, für Wasserkraftwerke 356 Millionen usw.

Der Finanzausschuss der Kammer hat an dieser Vorlage grundlegende Änderungen vorgenommen. Er hat einen Kredit von 125 Millionen wieder auf das ordentliche Budget übertragen und die Gesamtkosten der Vorlage dann um 767 Millionen erhöht. Diese Erhöhung ist durch Vermehrung der Arbeiten in Höhe von über 1,5 Milliarden (davon u.a. 460 Millionen für die Landwirtschaft, 320 Millionen für die Gesundheitspflege und 241 Millionen für das Unterrichtswesen) und durch Verringerung anderer Arbeiten in Höhe von 750 Millionen zustande gekommen. Der der Kammer unterbreitete Text der Vorlage sieht also einen Gesamtkredit von 7,8 Milliarden Francs vor, von denen im nächsten Jahre 3,580 Milliarden verbraucht werden sollen.

Bei der sozialistischen Fraktion hat dieser Arbeitsbeschaffungsplan

keinen Anklang gefunden, weil er nach ihrer Auffassung unzureichend ist, und weil die Kredite zu sehr verzettelt sind, sodass das erstrebte Ziel einer Verringerung der Arbeitslosigkeit mit diesem Plan nicht gewährleistet sei. Im Namen der Fraktion hat deshalb der Abgeordnete Bedouce einen Gegenentwurf ausgearbeitet. Dieser Gegenentwurf ist zunächst nur in seinen Grundzügen bekannt. Er sieht einen auf fünf Jahre verteilten Arbeitsbeschaffungsplan vor, dessen Ausführung auf 30 Milliarden Francs veranschlagt ist. Bei diesem Plan handelt es sich nur um neue Arbeiten. Die Mittel für ihn sollen durch Ausgabe von Obligationen nach dem jeweiligen Bedarf aufgebracht werden. Für die Ausgabe dieser Obligationen schlägt Bedouce ein sinnreiches System vor. Er geht von der Tatsache aus, dass in Frankreich ungeheure Kapitalien mangels sicherer Investierungsmöglichkeiten in Sparstrümpfen brachliegen, und regt nun an, dass die französischen Sparkassen ernächtigt werden, ausser den gewöhnlichen Sparsummen, die jederzeit abhebbar sind, sogenannte "investierte Spargelder" anzunehmen, wofür den Sparern 4%ige Obligationen mit 10jähriger Lauffrist ausgehändigt werden sollen. Bedouce meint, dass sich das Publikum um diese Titel geradezu reissen werde, weil sie höhere Zinsen bringen als die einfachen Spargelder und ausserdem durch den Staat garantiert sind.

Die Regierung hat sich gegen diesen sozialistischen Arbeitsbeschaffungsplan, der noch nicht zur öffentlichen Debatte stand, ausgesprochen. Das geschah aber nicht aus grundsätzlichen, sondern lediglich aus rein praktischen Erwägungen. Die Regierung will natürlich zunächst ihren eigenen Plan, dessen Beratung die Kammer bereits begonnen hat, verabschiedet sehen, um möglichst schnell Geld in die leere Staatskasse zu bekommen und das Budget für das nächste Jahr auszubalancieren. Aber sie hat bereits erklären lassen, dass sie ihre Vorlage nur als das Vorspiel zu einem grösseren Plan ansehe, der im nächsten Jahr nach der Verabschiedung des Budgets aufgestellt werde. Wahrscheinlich wird die Mehrheit der Kammer dem Wunsche der Regierung entsprechen und den sozialistischen Gegenentwurf ablehnen. Das ändert aber nichts an der Tatsache, dass der sozialistische Vorstoss der Arbeitsbeschaffungsaktion in Frankreich schon jetzt einen bedeutsamen Auftrieb gegeben hat.

SPD. Unter den französischen Arbeitsbeschaffungsplänen ist ein Riesenprojekt zur Ausnützung und Regulierung der Rhone von besonderem Interesse. Man will einen schnellen und billigen Schiffahrtsweg zwischen Marseille und Strassburg schaffen, die Wasserkräfte zur Elektrizitätsgewinnung ausnutzen und zugleich eine systematische Bewässerung der Uferlandschaften vornehmen. Zur Durchführung des Projektes ist die "Nationale Rhone-Gesellschaft" gegründet worden. Das erforderliche Aktienkapital wird zum Teil durch die an der Durchführung des Projektes interessierten Gemeinden, Departements und Industriekreise gezeichnet. Das Projekt soll möglichst ohne finanzielle Hilfe des Staates verwirklicht werden.

SPD. Wie lange ist es her, da klagten die landwirtschaftlichen Unternehmer über Landflucht und Arbeitermangel. Heute haben wir auch in der Landwirtschaft grosse Arbeitslosigkeit. Landflucht gibt es nicht mehr. An ihre Stelle ist bereits die Stadtflucht getreten: der Zug aus den Städten weg, hinaus aufs Land. Viele von denen, die vor Jahren durch die schlechten Arbeitsverhältnisse in der Landwirtschaft gezwungen waren, sich in der Stadt Brot zu verdienen, suchen sich heute wieder auf dem Land als Arbeiter oder

Siedler eine Existenz. Immer grösser wird der Abwanderungsverlust der Gross- und Industriestädte. Für Berlin rechnet man für das laufende Jahr mit einem Bevölkerungsverlust von 15 pro 1 000 Einwohner. Der Abwanderungsverlust der ausgesprochenen Industriestadt Gelsenkirchen beträgt auf 1 000 Einwohner 21, und Hamburg hat einen Verlust von 18 pro 1 000 Einwohner. Der Grossteil der Rückwanderer besteht aus ehemaligen Landleuten, die den Weg zurück zur Scholle suchen. Viele Rückwanderer ziehen nicht gleich aufs Land, sondern machen vielfach erst in einer Provinzstadt Station.

Der Bewegung der Stadtflucht muss also mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden, als auch in der Landwirtschaft von Jahr zu Jahr die Zahl der überflüssig gewordenen Arbeitskräfte zunimmt. Es geht jedenfalls nicht an, die Rückwanderung aufs Land zu fördern, ohne auf das Schicksal des immer grösser werdenden Heeres der arbeitslosen landwirtschaftlichen Arbeitskräfte Rücksicht zu nehmen.

SPD. Die Schlichtungsverhandlungen zur Neuregelung des Reichstarifs der Massschneiderei, die dieser Tage in Leipzig stattfanden, führten zu einem Schiedsspruch. Er bringt eine Verschlechterung in der Urlaubsentschädigung; ebenso kürzt er den Anteil des Lohnes für Junggehilfen in der Damenschneiderei am Vollohn um einige Prozent. Der Vollohn soll nach sechs Berufsjahren (bisher fünf) erreicht werden. Die örtlich festgelegten Stundenlöhne sollen wieder zu einem zentralen Lohnabkommen zusammengefasst werden.

Die neuen Urlaubsbestimmungen gelten nur für 1933. Der Rahmenvertrag soll bis zum 31. Dezember 1933 und das Lohnabkommen bis zum 30. April Gültigkeit haben.

+

In Ostpreussen haben die Bauunternehmerverbände die Bauarbeiterlöhne zum 31. Dezember gekündigt.

SPD. Dem Reichstag ist von der Regierung unter zahlreichen internationalen Abkommen auch das über die Begrenzung der Arbeitszeit im Kohlenbergbau vorgelegt worden. Die Regierung erklärt, dass es zweckmässig erscheint, vor endgültiger Stellungnahme zur Frage der Ratifikation das Ergebnis weiterer Besprechungen der wichtigsten am Kohlenbergbau beteiligten Länder abzuwarten. Das Uebereinkommen über die Begrenzung der Arbeitszeit im Kohlenbergbau werde daher dem Reichstag zur Zeit nur vorgelegt, um die international vorgesehene Frist zur Vorlegung zu wahren. Für den Fall, dass weitere Verhandlungen eine Ratifikation ermöglichen, werde eine neue Vorlage gemacht werden.

Also weitere Besprechungen, weitere Verhandlungen, weitere Vorlagen wenn das so weiter geht, können die Bergarbeiter akt werden wie Methusalem, und das internationale Abkommen über die Arbeitszeit im Kohlenbergbau ist in Deutschland und in den übrigen Hauptkohlenländern noch immer nicht ratifiziert.

SPD. Im Forstausschuss des Preussischen Landtages wurde am Dienstag u. a. ein sozialdemokratischer Antrag angenommen, der das Staatsministerium ersucht, dafür zu sorgen, dass der beabsichtigte Lohnabbau in der Forstwirtschaft unterbleibt,
